

Wahlprüfsteine der Kautschuk- und Elastomer-Industrie zur Bundestagswahl 2021



Wertschätzung für Wertschöpfung

Die Anerkennung der Bedeutung von Wirtschaft und Industrie für Wohlstand und Zukunftsfähigkeit von Deutschland und Europa sollte Fundament des Regierungshandelns sein. Bei allen Maßnahmen muss der Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt werden. Die beste Garantie für eine umwelt- und klimafreundliche, innovative, Menschen- und Arbeitsrechte achtende Industrie ist Produktion in Deutschland und das gilt in besonderer Weise für die technisch führende deutsche Kautschukindustrie.

Die Industrie ist das Rückgrat des deutschen Wohlstands. Mehr als ein Fünftel der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung wird in Deutschland vom Verarbeitenden Gewerbe erbracht. Dabei ist die Bedeutung der Industrie aber nicht auf die volkswirtschaftlichen Aspekte beschränkt. Industrielle Produktion in Deutschland bietet qualifizierte Arbeitsplätze und leistet damit auch einen gesamtgesellschaftlichen Beitrag: Deshalb ist Industrieschutz gleichzeitig Demokratieschutz.

Trotz dieser überragenden Funktion wird industrieller Wertschöpfung von politischer Seite zunehmend weniger Wertschätzung entgegengebracht. Dieser Trend muss umgekehrt werden. Nur eine Wirtschaft, deren Leistung breite soziale Anerkennung erfährt und deren Leistungsfähigkeit nicht ständig beeinträchtigt wird, kann sich auf den globalen Märkten behaupten, die Herausforderungen der Zukunft meistern und den Wohlstand in Deutschland weiter sichern.

Wertschätzung für Wissenschaft

Lehre aus der Corona-Pandemie: Politisches Handeln sollte klar an wissenschaftlicher Expertise und nicht an ideologischen Anschauungen ausgerichtet sein. Theoretische Umsetzbarkeit und ökonomisch vertretbare Machbarkeit müssen auf allen Politikfeldern bei der Gesetzgebung und Entscheidungsfindung berücksichtigt werden.

Mehr als 85 Prozent der privatwirtschaftlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung leistet die Industrie. Dabei entwickelt sie innovative Technologien, effiziente Verfahren und markiert oftmals die Basis von Wertschöpfungsketten. Sie trägt zur Lösung von Umweltproblemen und zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen bei. Deutschland nimmt eine Spitzenfunktion beim Export forschungs- und entwicklungsintensiver Waren ein. Eine innovative Industrie wie

die Kautschuk verarbeitende Industrie am Standort Deutschland lebt von einem regen Austausch der wissenschaftlichen Experten in ihrem Netzwerk. Wissenschaftliches Wissen durchdringt alle Lebensbereiche, persönliche, berufliche und gesellschaftliche. Wissenschaft liefert auch einen entscheidenden Baustein dafür, Politik und Gesellschaft zukunftsfähig zu machen. Politische Entscheidungen im Umgang mit Industrie-, Umweltpolitik sollten auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen. Gerade bei der Risikobewertung von den für die Kautschukindustrie so wichtigen Rohstoffen muss die wissenschaftliche Expertise in der politischen Diskussion angefragt und gehört werden, damit die herausragende Stellung der deutschen Kautschukindustrie erhalten bleibt.

Industriestandort Deutschland

erhalten und stärken

Mit ihren über 70.000 Beschäftigten in rund 200 Betrieben ist die deutsche Kautschukindustrie wichtiger Bestandteil der deutschen Industrie und stellt sichere Arbeitsplätze. Mehr als die Hälfte des Umsatzvolumens von insgesamt rund 12 Milliarden Euro wird mit der Belieferung der Automobilindustrie Erlöst. Damit ist die Branche vom industriellen Wandel stark betroffen. Die Unternehmen der Branche sind ein unverzichtbarer Teil eines nachhaltigen Wertschöpfungsnetzwerks und tragen dazu bei, die Herausforderungen auch an die Gesellschaft im Wandel erfolgreich zu meistern. Die Kautschukverarbeiter in Deutschland sind bereit, diese Herausforderungen anzunehmen und den notwendigen Beitrag zur Transformation der Wirtschaft zu mehr Nachhaltigkeit und auf dem Weg zur Klimaneutralität zu leisten.

Dazu brauchen die Unternehmen wettbewerbsfähige Standortbedingungen. Für die international tätige deutsche Kautschukindustrie sind der freie Zugang zu Märkten, die Verfügbarkeit von Rohstoffen sowie verlässliche und bezahlbare Energie unerlässlich. Wichtige weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen sind der Ausbau der digitalen Infrastruktur, ein Abbau von Bürokratie und die Gewährleistung eines fairen internationalen Wettbewerbs. Gerade ein Level Playing Field mit international vergleichbaren Wettbewerbsbedingungen sichert die heimische Produktion. Mit einer Auslagerung der Produktion ist weder den gesamtwirtschaftlichen noch den ökologischen und klimapolitischen Zielen gedient. Es darf unter keinen Umständen zu einer Situation kommen, in der die durch staatliche Auflagen induzierten Kosten ausländische Produkte im globalen Wettbewerb attraktiver machen als die des Standorts Deutschland.

Produkte aus Kautschuk sind ob ihrer chemischen Zusammensetzung sensibel in Herstellung und Gebrauch. Gleichzeitig sind sie durch ihre Eigenschaften aber auch unverzichtbar für das tägliche Leben. Sensibilität für diese Produkte bringt nur eine qualitäts- und nachhaltigkeitsbewusste Industrie mit. Diesem Anspruch stellt sich die deutsche Kautschukindustrie – und sie erfüllt ihn.

Die 70.000 Arbeitsplätze der mittelständischen deutschen Kautschukindustrie und das Know-how des weltweiten Technologieführers müssen und können in Deutschland erhalten werden.

Kein pauschaler Generalverdacht gegen Unternehmen

Wirtschaftsakteure dürfen nicht pauschal unter Generalverdacht gestellt werden. Ein Verbandssanktionengesetz ist deshalb abzulehnen, insbesondere wenn die Haftungstatbestände unklar sind und die Delegation von Auslegungsfragen auf die Gerichte eine erhebliche Rechtsunsicherheit bedeutet. Der bestehende Rechtsrahmen zur Sanktionierung von Wirtschaftskriminalität ist ausreichend.

Der in der 19. Legislaturperiode in den Bundestag eingebrachte Entwurf eines Verbandssanktionengesetzes stellte die gesamte deutsche Wirtschaft unter Generalverdacht. Schon die verunglückte Bezeichnung „Gesetz zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft“ implizierte, dass es ganz grundsätzlich ein Integritätsproblem in der deutschen Wirtschaft gebe. Ein solches Gesetz ist überflüssig, denn es existiert bereits ein vollkommen ausreichender Sanktionskatalog bei Strafen in und aus Unternehmen und Straftaten von Unternehmensbeschäftigten werden bereits heute vollumfänglich verfolgt und bestraft. Das Verbandssanktionengesetz hätte daher nicht den „rechtstreuen und lauterer“ Unternehmen, sondern Zertifizierern geholfen und unnötig den administrativen Aufwand aller Unternehmen erhöht. Durch eine solche Politik wird die Wirtschaft nicht gestärkt, sondern geschwächt. Deshalb darf es in der neuen Legislaturperiode keinen neuen Anlauf für ein Verbandssanktionengesetz geben.

Weitere Informationen: [wdk-Positionspapier „Position zum Unternehmenshaftungsgesetz“](#)

Spirale der Überregulierung durchbrechen

Bei der staatlichen Unternehmensregulierung ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen der deutschen Kautschukindustrie leiden unter zunehmenden Dokumentations-, Akkreditierungs- und Auditierungspflichten. Diese Spirale der Überregulierung muss durchbrochen werden: durch Bürokratieabbau und durch vorrangige Anerkennung von Brancheninitiativen als Alternative zu privaten Zertifizierern.

Dass neue gesetzliche Verpflichtungen schnell aus dem Ruder laufen können, zeigt eindrucksvoll das Sorgfaltspflichtengesetz (Lieferkettengesetz). Darin werden den Unternehmen – ungeachtet ihrer Einflussmöglichkeiten – menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für die gesamte Lieferkette aufgebürdet. Bei Verstößen, deren Tatbestände sehr weit gefasst sind, drohen unverhältnismäßige Bußgelder. Hinzu kommt eine Prozessstandschaft für inländische Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen, die zu imageschädigenden Klagen führen kann.

Weitere Informationen: [wdk-Positionspapier „Stellungnahme zum Gesetzentwurf“](#)

Mobilitätswandel technologieoffen gestalten

Der Mobilitätswandel darf sich nicht allein auf die Elektromobilität konzentrieren, sondern muss im Interesse einer zukunftsfähigen Branchentransformation technologieoffen erfolgen und bei allen Mobilitätsformen in Bezug auf die Nachhaltigkeit ganzheitlich umgesetzt werden.

Verbrennungsmotoren haben das Potenzial, auch nicht-fossile und somit CO₂-neutrale Kraftstoffe nutzen zu können. Dies prädestiniert diese Antriebsart als ein elementares Standbein künftiger Mobilität. Der besondere Vorteil des Verbrennungsmotors liegt in seiner effizienten und flexiblen Nutzung von Kraftstoffen mit hoher Energiedichte und hervorragenden Lager- und Liefermöglichkeiten.

Für die deutsche Kautschukindustrie in ihrer Zulieferrolle ist die Fahrzeugindustrie eine tragende Säule. In einem Pkw sind durchschnittlich etwa 70 Kilogramm Elastomerprodukte verbaut: Rund 35 Kilogramm entfallen auf die Reifen und rund 35 Kilogramm auf Dichtungen, Schlauchleitungen, Kabelsysteme, Schwingungsdämpfer, Verbundsysteme und vielfältige Arten von Spezialbauteilen. Der technologische Wandel der Mobilität, der gekennzeichnet ist durch eine verstärkte Elektrifizierung des Antriebsstrangs, einer zunehmenden Bedeutung des Leichtbaus sowie einer wachsenden Vernetzung und Automation der Fahrzeuge, bedeutet bei verstärkter Volatilität der Märkte eine erhebliche Herausforderung für die Zulieferunternehmen. Eine ideologisch geprägte, zusätzliche politische Einflussnahme auf die Entwicklung zukunftsfähiger Antriebskonzepte würde zu einer weiteren Belastung führen und ist daher strikt abzulehnen. Technologieoffenheit bei der Mobilität der Zukunft ist die logische Schlussfolgerung eines faktenbasierten Ansatzes.

Weitere Informationen: [wdk-Positionspapier „Diskussion über Antriebe der Zukunft versachlichen“](#)

Mobilitätswandel staatlich unterstützen

Der Umbau der Mobilität und die damit verbundene Umstellung der Unternehmen muss staatlich begleitet und unterstützt werden. Dies betrifft sowohl den Aufbau einer umfassenden Ladeinfrastruktur durch die öffentliche Hand als auch die Förderung der Zulieferindustrie bei ihrer Umstellung auf neue Antriebstechnologien oder die gezielte Unterstützung der Wasserstofftechnologie, um sie möglichst bald zur Anwendungsreife auch für den Individualverkehr zu bringen.

Die Europäische Union hat mit dem Green Deal zentrale Weichenstellungen zur raschen Einführung nachhaltiger Mobilität vorgenommen. Reifen verfügen, nicht zuletzt aufgrund des Innovationsstrebens der Premium-Reifenhersteller, über ein erhebliches Potenzial, den Kraftstoffverbrauch zu reduzieren und die Reichweite von Elektrofahrzeugen zu erhöhen. Sie können somit einen wichtigen Beitrag zum nachhaltigen Paradigmenwechsel im europäischen Verkehrssystem und dessen Sicherheit leisten. Um dieses Potenzial auszuschöpfen, sollte die

Politik Anreize zum Erwerb nachhaltiger, sicherer und damit ökologisch sinnvoller Reifen und reifenbezogener Lösungen schaffen.

Weitere Informationen: [wdk-Positionspapier „Sichere Reifen in und aus Deutschland nachhaltig fördern“](#)

Nationaler Emissionshandel:

Carbon-Leakage vermeiden

Die Einführung eines nationalen Zertifikatehandels für Brennstoffemissionen zieht die mittelständische Industrie massiv in Mitleidenschaft. Erforderlich ist ein unbürokratischer und effektiver Schutz vor Carbon-Leakage. Bis dieser umgesetzt ist, muss das Produzierende Gewerbe schnellstmöglich für eine Übergangszeit um einen überwiegenden Teil der CO₂-Kosten entlastet werden.

Der eingeführte nationale Brennstoffemissionshandel bedroht die Existenz vieler mittelständischer Unternehmen, da hier eine neue nationale Abgabe auf Brennstoffe eingeführt wurde, die europäische und internationale Wettbewerber nicht kennen. Es ist zwar ein grundsätzlich richtiger Ansatz, zur Senkung des CO₂-Ausstoßes diesem einen Preis zu geben. Unternehmen, die Brennstoffe in ihren Produktionsprozessen zwingend einsetzen müssen, haben aber derzeit keine bezahlbare und klimafreundliche Alternative dazu. Daher bedeutet die Verteuerung von Brennstoffen durch den nationalen CO₂-Preis für die Unternehmen einzig und allein eine Erhöhung ihrer Produktionskosten in Deutschland, die sie im innereuropäischen und internationalen Wettbewerb nicht tragen können.

Eine Abwanderung der durch das Brennstoffemissionshandelsgesetz besonders betroffenen mittelständischen Industrie soll durch eine Carbon-Leakage-Verordnung verhindert werden. Die bisher vorliegenden Entwürfe gewährleisteten diesen Schutz jedoch nicht, sondern verhindern ihn praktisch.

Weitere Informationen: www.faire-energiewende.de/

Haushaltsfinanzierung

der Energiewende

Die Stromkosten in Deutschland sind für die Unternehmen zu hoch. Deshalb müssen die Energiewendekosten aus dem Bundeshaushalt finanziert werden, wie es mittlerweile auch die Energieministerkonferenz der Länder, der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums und die Agora Energiewende fordern. Hier gibt es kein Erkenntnisproblem mehr, sondern nur noch ein Umsetzungsproblem.

Hauptgrund für die im europäischen und internationalen Vergleich nicht mehr wettbewerbsfähigen Stromkosten ist die ineffiziente Umsetzung der Energiewende in Deutschland und insbesondere die Höhe der aus dem Ruder gelaufenen EEG-Umlage. Auch eine mögliche Deckelung der EEG-Umlage auf 6 oder 6,5 Cent/kWh löst die Probleme der Unternehmen nicht, da

mit einer solchen Deckelung allenfalls das viel zu hohe Niveau der Umlage festgeschrieben würde.

Erforderlich ist vielmehr die vollständige Abkehr weg von der umlagebasierten Finanzierung der Energiewende hin zu einer fairen, demokratisch legitimierten Finanzierung. Die einzige systematisch saubere und praxistaugliche Lösung des Kostenproblems ist auch angesichts der Überwindung der Folgen der Corona-Pandemie die vollständige Übernahme aller Kosten der Energiewende von der Stromrechnung in den Bundeshaushalt. Insbesondere die Kosten der Förderung der erneuerbaren Energien durch die EEG-Umlage, die Stromsteuer, die KWK-Umlage und die anderen staatlich induzierten Kosten müssen ab sofort aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.

Weitere Informationen: www.faire-energiewende.de/

Altreifenentsorgung sichern und weiterentwickeln

Die Altreifenentsorgung in Deutschland ist ein Musterbeispiel für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft. Damit dies so bleibt und das erfolgreiche Modell weiterentwickelt werden kann, müssen alle Entsorgungswege offen gehalten, die Möglichkeit der thermischen Verwertung erhalten und darf der Einsatz von Produkten aus Rezyklaten nicht behindert werden.

Eine zukünftige Altreifenstrategie muss Anreize für die Nutzung und Förderung innovativer, sicherer, markt- und umweltgerechter Verwertungstechnologien schaffen. Dies sollte die grundsätzliche Zielsetzung einer sinnvollen Verwertung von Altreifen und deren Förderung beinhalten. Fakt ist, dass im deutschen wettbewerbsbasierten und technologieoffenen System innovative Lösungen schneller und einfacher entstehen als in stark regulierten Märkten. Zusätzlich zur vom Verbraucher erhobenen Verwertungsabgabe für die Altreifenentsorgung muss die Forschung und Entwicklung innovativer Verwertungstechnologien wie z.B. Innovationen in der stofflichen Verwertung, Pyrolyse als neue Form des Altreifenrecyclings oder moderne Runderneuerung gefördert werden.

Im europäischen Vergleich schneidet Deutschland als einer der größten Altreifenmärkte Europas auch bisher gut ab – mit einer höheren Servicequalität in der Altreifenverwertung bei vergleichbarer Verwertungsabgabe. Diese Stärke gilt es zu bewahren. Recycling muss ein Synonym für Rohstoff werden.

Weitere Informationen: initiative-new-life.de/; azur-netzwerk.de

Förderung der Runderneuerung

Die Runderneuerung von Reifen leistet einen wichtigen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit (Ressourcenschonung). Runderneuerte Lkw-Reifen für den Güterkraftverkehr werden deshalb in Deutschland bereits pauschal über das De-Minimis Programm gefördert. Künftig wird auch der Beitrag runderneuerter Lkw-Reifen für die Verkehrssicherheit ein Stück transparenter, so dass die Incentivierung von Sicherheit und Umweltfreundlichkeit Hand in Hand gehen kann.

Die neue EU-Verordnung für die Reifenkennzeichnung sieht bereits vor, dass auch sicherheitsbezogene Eigenschaften wie Nasshaftung und zusätzlich Rollwiderstand des runderneueren Lkw-Reifens gekennzeichnet und dann auch entsprechend gefördert werden können, sobald die aktuell diskutierte Prüfmethode validiert ist. Sobald der entsprechende delegierte Rechtsakt der EU-Kommission umgesetzt ist, kann und sollte das deutsche De-Minimis Programm Neureifen und Runderneuerte nach denselben Kriterien fördern.

Weitere Informationen: [wdk-Positionspapier „Sichere Reifen in und aus Deutschland nachhaltig fördern“](#)

Chemical-Leakage verhindern

Bei der Regulierung von Chemikalien darf nicht über das Ziel hinausgeschossen werden. Die mögliche und wirtschaftlich vertretbare Substituierung muss in die Bewertung von Stoffen miteinbezogen werden. Ansonsten droht eine Form von Chemical-Leakage, bei der die Hersteller abwandern und von der Industrie dringend benötigte Substanzen in Europa nicht mehr verfügbar sind. Damit würde Europas Industrie zunehmend an Bedeutung verlieren. Besonders stark betroffen wären KMUs (kleine und mittlere Unternehmen), die in der EU mit hohen regulativen Hindernissen zu kämpfen haben.

Ein Beispiel dafür ist die EU-Chemikalienverordnung REACH (Registrierung, Evaluierung, Autorisierung von Chemikalien). Das Verfahren gilt seit 2007 und hat zwei Ziele: Mensch und Umwelt sollen vor den Risiken, die durch Chemikalien entstehen können, geschützt werden. Zugleich soll die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie in der EU gestärkt werden. Fällt ein Stoff durch das REACH-Zulassungsverfahren, darf er in der EU nicht mehr bei der Produktherstellung verwendet werden. Nicht verboten ist jedoch der Import von Produkten, die diesen Stoff enthalten. Dies ist gleichbedeutend mit massiven Benachteiligungen der europäischen Hersteller, ohne einen Vorteil für den Umwelt- und Gesundheitsschutz. Dies führt im Gegenteil dazu, dass Importprodukte noch höhere Schadstoffanteile enthalten können, als bis dato in der EU produzierte Produkte. REACH wird sich nur bewähren, wenn es europaweit gelingt, die richtige Balance zwischen Regulierung, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation zu finden. Es besteht daher kein Bedarf an weiteren Regeln auf diesem Gebiet. Im Gegenteil ist strikt auf Verhältnismäßigkeit zu achten.

Level Playing Field für alle Player auf dem Markt

Die Marktüberwachung ist entscheidend für einen fairen Wettbewerb. Sie muss ausgeweitet werden und insbesondere auch die außereuropäischen Lieferanten von Kautschukerzeugnissen stärker ins Visier nehmen.

Nach der Corona-Krise ist es für eine rasche Erholung der Branche von den Auswirkungen der Pandemie besonders wichtig, zusätzliche negative Einflüsse im Bereich des internationalen Handels (z.B. eine Importschwemme aus Drittmärkten) zu vermeiden und einen freien und

fairen Handel im Sinne deutscher und europäischer Hersteller zu unterstützen. Der wdk appelliert an die zuständigen Stellen der Bundesregierung, sich für den Abbau existierender Handelsbarrieren und für die Einrichtung eines schnellen Reaktionsmechanismus der EU einzusetzen, sollten Handelshemmnisse seitens Drittstaaten mit Rückwirkungen auf den europäischen Markt bekannt werden.

Bundesbeauftragten für Rohstoffe einführen

Die Europäische Union hat 2020 Naturkautschuk nach 2017 erneut als einzigen organischen Rohstoff auf die Liste kritischer Rohstoffe gesetzt. Dieser Rohstoff ist für die deutsche Kautschuk- und damit auch für die Automobilindustrie von essentieller Bedeutung. Allein die Reifenindustrie verbraucht etwa 76 % des gesamten weltweit produzierten Naturkautschuks – ein Rohstoff, der außerhalb Europas produziert wird und über lange Distanzen aus den Anbauländern in Südostasien, Afrika und Südamerika transportiert werden muss. Naturkautschuk ist bislang nicht substituierbar. Es gibt noch keinen Ersatz, der für alle gängigen Anwendungen geeignet wäre.

Obwohl es sich damit bei Naturkautschuk um einen Schlüsselrohstoff handelt, hat die Bundesregierung auch nach mehr als drei Jahren noch nicht auf die Listung als kritischer Rohstoff reagiert. Im Bundesministerium für Wirtschaft existiert noch nicht einmal ein Referat, das sich schwerpunktmäßig mit Naturkautschuk beschäftigt. Deshalb erneuert der wdk seine Forderung nach einem Bundesbeauftragten für Rohstoffe, die er bereits 2017 bei der erstmaligen Listung von Naturkautschuk als kritischer Rohstoff durch die EU erhoben hatte. Ein solcher zentraler und beim Bundeswirtschaftsministerium angesiedelter Koordinator wäre nicht nur bei Naturkautschuk, sondern auch bei allen anderen in der Liste genannten Rohstoffen für die Unternehmen und damit für den Industriestandort Deutschland von hohem Nutzen.

Er könnte die Rohstoffstrategie der Bundesregierung zusätzlich unterstützen, Forschungs- und Fördermittel des Bundes – gerade auch mit Blick auf die Erforschung von Alternativrohstoffen – verwalten und als zentraler Ansprechpartner nicht nur der deutschen Kautschukindustrie fungieren. Ein wichtiges Tätigkeitsfeld eines solchen Bundesrohstoffbeauftragten wäre auch der Einsatz für eine Verbesserung der Recyclingbedingungen bei Alt-Gummi. Aktuell unterstreicht der branchenübergreifende Rohstoffmangel nachdrücklich die Notwendigkeit für einen solchen Bundesbeauftragten.

Wissenschaftsbasierter Ansatz bei Lösung für Reifenabrieb erforderlich

Die Zunahme von Mikroplastik und Kunststoffabfällen in der Umwelt ist besorgniserregend. In diesem Zusammenhang gerät auch der Reifen- und Straßenabrieb immer wieder in den Fokus der öffentlichen Debatte. Die Reifenhersteller bekennen sich zu dem Ziel, ihren Beitrag zu einer gesunden Umwelt zu leisten und engagieren sich national und international auf vielfältigen Ebenen. Dennoch ist die wissenschaftliche Datenlage noch immer sehr lückenhaft. Deshalb setzen sich die im wdk zusammengeschlossenen Reifenhersteller dafür ein, zunächst ein

solides, wissenschaftlich basiertes Verständnis dieser Fragen zu gewinnen. Dabei sind alle Faktoren, die neben dem Reifendesign Auswirkungen auf Reifenabrieb haben, in die Überlegungen miteinzubeziehen.

Es müssen Forschungsschwerpunkte gesetzt werden, um das Wissen um die Entstehung, die Verbreitung, den Verbleib und den Abbau von Reifen- und Straßenabrieb genauer zu beleuchten bzw. laufende Studien zu begleiten oder zu verifizieren.

Im Hinblick auf die Entstehung, den Transport, die Erfassung und den Abbau von Reifen- und Straßenabrieb sowie dessen mögliche Auswirkungen auf die Umwelt bestehen nach wie vor viele Kenntnislücken. Daher fordert die Reifenindustrie den weiteren Aufbau eines soliden wissenschaftlichen Verständnisses, das allein die Grundlage für Entscheidungen und mögliche Regulierungsmaßnahmen sein kann.

Die Entstehung von Reifen- und Straßenabrieb wird zudem durch verschiedene externe Faktoren beeinflusst. Neben der Fahrzeugcharakteristik haben hier vor allem die Straßenoberfläche sowie das Fahrerverhalten eine große Bedeutung. Daher wird eine Politik, die sich ausschließlich auf das Reifendesign konzentriert, lediglich minimale Verbesserungen erreichen und keinen ganzheitlichen, nachhaltigen Lösungsbeitrag liefern können.

Ein Beispiel ist auch der Straßenbau: Von Seiten des Bundes, der Länder und der Kommunen muss ein Umdenken in Richtung lösungsorientiertem Straßenbau erfolgen. Die Lösung heißt gummimodifizierter Asphalt. In den vergangenen Jahren ging der Bedarf an Altreifen in der Zementindustrie – bei gleichzeitig steigenden Entsorgerpreisen – stetig zurück. Als Folge könnten mittel- bis langfristig die Recyclingpfade für Altreifen als Sackgasse enden und das gut funktionierende Altreifenverwertungssystem in Deutschland beeinträchtigen. Neben der Herstellung von Produkten aus Altreifen ist eine der nachhaltigsten Einsatzmöglichkeiten der Straßenbau. Straßenoberflächen aus gummimodifiziertem Asphalt sind langlebiger, reifenschonender, leiser und somit auf Dauer die bessere Alternative.

Weitere Informationen: [wdk-Positionspapier „Mikroplastik in der Umwelt – Reifen- und Straßenabrieb“](#); www.tyreandroadwear.com/

Bestehendes AGB-Recht

darf nicht angetastet werden

Das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) fördert seit Jahrzehnten Gerechtigkeit und Rechtsfrieden im unternehmerischen Geschäftsverkehr. Es verhindert unfaire Vertragsbedingungen und schützt den wirtschaftlich unterlegenen Vertragspartner vor einseitigen, unangemessenen Benachteiligungen und Risikoübertragungen. Die Klarheit und Sicherheit des AGB-Rechts und der damit verbundene Fairness-Schutz als ein wesentlicher Standortvorteil Deutschlands dürfen nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Das deutsche AGB-Recht hat sich als ein zentrales Regelwerk für Vertragsabschlüsse zwischen Unternehmern bewährt. Es hat heute einen Grad an Transparenz, Ausgewogenheit und Vertrauen erreicht wie kaum ein anderer Rechtsrahmen. Insbesondere die mittelständische Wirtschaft braucht verlässliche und bürokratiearme Rahmenbedingungen. Das AGB-Recht für Verträge zwischen Unternehmern erfüllt diese Anforderung und ist mit seinen bewährten Regeln

auch künftigen Herausforderungen gewachsen. Sie sorgen sowohl bei etablierten als auch bei neuartigen Geschäftsmodellen für einen angemessenen Interessenausgleich entlang der gesamten Liefer- und Leistungskette.

Geschäftsmodelle, deren wirtschaftlicher Erfolg davon abhängt, Risiken einseitig auf den Vertragspartner zu übertragen, sind weder innovativ noch schutzwürdig. Hieran ändern weder geopolitische noch technische Entwicklungen etwas. Insbesondere angesichts zunehmender Automatisierung ist ein wirksamer Schutz vor unangemessenen Risikoübertragungen besonders wichtig.

Das AGB-Recht schützt und bewahrt zudem die Vertragsfreiheit. Sie setzt voraus, dass sich die Vertragspartner auf Augenhöhe begegnen. Wer aufgrund seiner Marktposition nicht in der Lage ist, die Vertragsbedingungen des Vertragspartners abzulehnen, verhandelt nicht und verhandelt vor allem nicht frei. Um auch in diesen Fällen die erforderliche Augenhöhe herzustellen, bedarf es des AGB-Rechts.

Der wdk ist Mitglied der Initiative pro AGB-Recht, die aus über 30 Wirtschaftsverbänden fast aller Branchen besteht und mit Nachdruck dafür eintritt, den Fairness-Schutz des AGB-Rechts insgesamt zu erhalten.

Nähere Informationen: <http://www.pro-agb-recht.de/>